

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
H. Hoffen u. Verwaltung: Drag II, Nehusanka 15 • Teleph.: 20795, 31469, Nachtreph. (ab 21 Uhr): 33555 • Postkont.: 57144

12. Jahrgang.

Donnerstag, 5. Mai 1932

Nr. 107.

Bürokratismus hindert Arbeitsbeschaffung.

Fehlende Zusammenarbeit zwischen Finanz- und Arbeitsministerium verzögert umfangreiche Straßenbauten.

Prag, 4. Mai. Arbeitsbeschaffung ist das Gebot der Stunde. 600.000 Erwerbslose warten sehnsüchtig auf Beschäftigung. Die Parlamentarier, welche die undankbare Aufgabe haben, in den Landes- und Staatsämtern projektierte Notstandsarbeiten durchzuführen, gewinnen immer mehr den Eindruck, daß die Zusammenarbeit der wichtigsten Ministerien auf diesem Gebiete außerst mangelhaft ist. Viele Gesuche von Bezirken um Bauabschlüsse aus dem Straßenfonds, die vom Arbeitsministerium erledigt und beantwortet sind, werden vom Finanzministerium verzögert und fast in der Regel wird die Subventionsquote herabgesetzt.

Bei dieser Praxis entsteht die Gefahr, daß in diesem Jahre kaum die Hälfte der für autonome Straßen reservierten Subventionsbeträge des Straßenfonds ausgeschöpft werden können. Eine Subventionserhöhung für finanziell schwache Bezirke aus dem Straßenfonds könnte Notstandsarbeiten mit einem Aufwand von mehr als 50 Millionen Kronen in Gang bringen.

Ein Schmerzenskapitel sind auch die Ueberweisungen der Staatssubventionen für bereits fertiggestellte Straßen. Anweisungen von alten Subventionen in der Höhe von mindestens 5 Millionen Kč, teilweise für bereits vollendete Arbeiten, können nicht hinausgegeben werden, weil das Finanzministerium bisher seine Zustimmung verweigert. Neue Straßensubventionen aus den budgetierten Beträgen können wegen des Widerstandes des Finanzministeriums überhaupt nicht bewilligt werden. Durch diese Praxis treibt man jene Bezirke und Gemeinden, die bereits gebaut haben, immer mehr in eine katastrophale Schuldenwirtschaft hinein und die anderen, die noch bauen könnten, werden abgeschreckt. Bei aller Anerkennung der Schwierigkeiten der Staatskassa muß doch konstatiert werden, daß dadurch am solchen Fleck geparkt wird.

Zur Unterstützung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung, namentlich soweit sie aus den Einnahmen des Straßenfonds subventioniert werden kann, wäre unbedingt eine bessere Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Finanzministerium notwendig.

Rechtshaberei bringt Arbeitslose ums Brot.

Rekluse gegen Notstandsarbeiten.

Aus Zuzim wird uns berichtet, daß die bereits begonnenen Notstandsarbeiten in Zuzimtal eingestellt werden müßten, weil ein sogenannter „schwerer Steuerzahler“ sich den Gemeindefürsorge zu verweigern. Diese Rechtshaberei bringt noch weitere 200 Arbeitslose ums Brot, welche am 3. Mai für die Fortsetzung der Arbeiten aufgenommen werden sollten. Der Rekluseführer ist ein ehemaliger Gemeindefürsorgebeamter namens Kerten, der vor einiger Zeit wegen Erkrankung in sehr entgegenkommender Weise pensioniert worden ist. Dazu scheint aber seine Konstitution und sein Gewissen noch robust genug zu sein, um die Not der Arbeitslosen zu vergrößern.

Das ist nicht der einzige Fall, wo rechtshaberische Steuerträger ohne jede Rücksicht auf die Not der Zeit der produktiven Arbeitslosen fürjorge überflüssige Schwierigkeiten bereiten. Die Behörden wären verpflichtet, solche Rekluse mit angemessener Beilegung zu erledigen, und die Arbeitslosen sollten sich in jedem Falle bei den Vermehrern ihres Glanzes persönlich bedanken.

3prozentige englische Schahbons

werden vom Publikum noch überzeichnet.

London, 4. Mai. Auf die neuen 3prozentigen Schahbons gingen Zeichnungen in einer Gesamthöhe von 120.140.000 Pfund Sterling eingeleitet wurden. 110 Millionen Pfund Sterling. Die Zeichnungen zum Kurse von 97% werden in einem Umfang von 58 Prozent eingeleitet, während Zeichnungen zu einem höheren Kurse voll eingeleitet werden.

40-Stundenwoche in Deutschland?

Einführung in einzelnen Arbeitszweigen durch Notverordnung.

Berlin, 4. Mai. Ende der Woche wird, wie die Blätter ankündigen, eine neue Notverordnung erlassen, die sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit beschäftigen wird. Es wird die 40stündige Arbeitswoche für die chemische, die Bierbrau-, die Druckindustrie und für den Bergbau eingeführt werden. Die Kürzung der Arbeitszeit soll sich nur auf die Arbeiterschaft beziehen. Außerdem soll durch die neue Notverordnung eine verschärfte staatliche Kontrolle in den übrigen Industriezweigen eingeführt werden, damit die gesetzliche Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche eingehalten und nicht, wie es bisher vielfach geschieht, überschritten werde.

Ein Schachergeschäft in Oesterreich:

Heimwehren in die Regierung

Panische Angst vor dem sozialdemokratischen Auflösungsantrag

Wien, 4. Mai. (Eigenbericht.) Der Verfassungsausschuss hat heute über die eingebrachten Anträge auf Auflösung des Nationalrates und Ausschreibung von Neuwahlen keinen Beschluß gefaßt, sondern sich auf Freitag vertagt. Nachmittags fand dann ein Ministerrat statt, der aber auch zu keiner Entscheidung kam.

Zwischen sind nämlich ernste Verhandlungen der beiden Regierungsparteien mit dem Heimatbündler vor sich gegangen. Sowohl die Christlichsozialen wie die Landbündler sind entschlossen, um jeden Preis Neuwahlen zu verhindern. Zunächst verhandelte man über Pläne, dem Heimatbündler dadurch entgegenzukommen, daß man den steirischen Landeshaupmann Rintelen in die Regierung aufnimmt. Er sollte an die Stelle des Handelsministers Feigl treten, den die Christlichsozialen zu opfern wollen, weil er ein Wiener Christlichsozialer ist, also am 24. April eine arge Niederlage erlitten hat. Außerdem will man, wenn der Heimatbündler damit nicht zufrieden ist, sogar einen Heimwehrmann in die Regierung aufnehmen, und man spricht von dem seinerzeitigen Justizminister der Regierung Baugoin, Dr. Hueber, in dessen Gunsten sogar die Landbündler bereit sind, auf ihren Vizekanzler Winkler zu verzichten. Der einzige Land-

bündler in der Regierung wäre dann der jetzige Sicherheitsminister Basinger. Von diesen Kombinationen erhofft die Regierung im Parlament eine Mehrheit von einer Stimme gegen den sozialdemokratischen Auflösungsantrag.

Eine arbeitsfähige Mehrheit wäre das allerdings auf keinen Fall, aber man hofft auf diese Weise wenigstens um die Auflösung herumzukommen. Selbst in diesem Falle wären allerdings Neuwahlen im Herbst nahezu sicher.

Die Verhandlungen wurden jedoch heute nicht abgeschlossen und werden, da wegen des Feiertages der Bundeskanzler überhaupt nicht nach Wien kommt, auch morgen nicht weitergeführt werden. Man glaubt aber, daß es bis zur Sitzung des Verfassungsausschusses am Freitag doch zu einer Klärung kommen wird.

Das treibende Element dabei sind jetzt vornehmlich die Landbündler, die wider Erwarten am 24. April überall eine arge Niederlage erlitten haben und glauben, bei Neuwahlen ihre ganze Position im Parlament zu verlieren. Aber auch die Christlichsozialen wollen jetzt keine Neuwahlen riskieren. Daher ist bei beiden Parteien plötzlich die Gerechtigkeit zu einer, wie man es nennt: „Erweiterung der Regierung nach rechts“ so groß.

Belebung des Arbeitsmarktes durch forcierte Elektrifizierung.

Prag, 4. Mai. Im Parlament erstattete heute der tschechische Genosse Ing. Rebas ein ausschlufreiches Referat über die Auswirkungen der Novelle zum Elektrifizierungsgesetz, durch die bis 1940 alljährlich ein Staatsbeitrag von 25 Millionen für Elektrifizierungszwecke des flachen Landes festgelegt wird.

Genosse Rebas betonte, daß die Vorlage zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen soll. Ueber 7000 Gemeinden der Tschechoslowakei hatten noch der Elektrifizierung. Gegen 1500 Gesuche von Gemeinden und Verbänden, die bisher infolge völliger Erschöpfung der Mittel liegen blieben, können nun der Erledigung zugeführt werden; weitere 1700 dürften nach dem Inkrafttreten der Novelle noch einlaufen.

Die für die Elektrifizierung aufgewendeten Gelder sind eine vernünftige, wirtschaftliche und rentable Investition. Sie bringen der Metall- und Elektroindustrie, der Porzellanindustrie und auch den bei den nötigen Erdbarbeiten Beschäftigten Verdienst. Wenn der Staat 25 Millionen jährlich für Elektrifizierungszwecke hergibt, so bedeutet dies, daß ein neunfach größerer Betrag, also etwa 225 Millionen jährlich, insgesamt aufgewendet wird.

Zweimal so viel als die Staatssubvention beträgt, verbauen die Gemeinden im Zuge der Elektrifizierung, das Dreifache kosten die privaten Hausanschlüsse und ebenfalls das Dreifache wird für die primären Linien und für die Erweiterung der Elektrifizierungswerke aufgewendet. Durch die bisherige Stagnation auf diesem Gebiet wurden 20.000 Leute arbeitslos; diese können nun wieder in die Produktion eingeschaltet werden.

Nachdem ist vor allem auch der Ausbau der primären 100.000 Volt-Leitungen, die das Rückgrat der ganzen Elektrifizierung bilden. Die Zeit der internationalen Elektrifizierungsbewirtschaftung nähert sich; wenn die Tschechoslowakei in dieser Hinsicht nicht Schritt hält mit den

übrigen Nachbarn, so wird sie schwere Verluste erleiden.

Namens der Ausschüsse beantragt Rebas eine Resolution, daß die Wasserkräftenerhebung abgelehrt werden soll; sie ist mit 75 Sektoren bei uns so groß wie etwa in Deutschland die Gesamtproduktionskosten des Stroms. Daher kann eine ganze Reihe heimischer Industrien, die Aluminium, Leichtmetalle, Phosphor- und Stickstoffverbindungen herstellen und viel Strom verbrauchen, auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren. Gerade diese Industrien verdienen aber größte Unterstützung, weil sie uns als Exportindustrien in unseren Grenzgebieten usw. werden dienen müssen.

Eine Belebung der Elektrifizierungstätigkeit ist freilich auch ohne Sanierung der Selbstverwaltungsämter unmöglich, die die Hauptlasten der Elektrifizierung tragen sollen.

In der Debatte wurde viel über die Vernachlässigung der Slowakei geklagt und über die Gebahrung der ostböhmischen Elektrizitätsgesellschaft, die nach allen Möglichkeiten, nur nicht nach gemeinnützigen Grundsätzen vorzugehen scheint. Die Gewerdeparteiler beschwerten sich über die unfaire Konkurrenz, die die Gesellschaften den privaten Installateuren machen.

Vor der Abstimmung mußte wegen mangelnder Präsenz die Sitzung zunächst noch einmal unterbrochen werden. Die Vorlage wurde dann in der Ausschussfassung mit der weiteren Änderung angenommen, daß der Staatsbeitrag ab 1933 angefangen in das ordentliche Budget des Arbeitsministeriums einzufleßen ist.

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung (am Dienstag, den 10. Mai, um 15 Uhr) enthält wieder die Spiritus- und die Zuckerrücklage; zur Verhandlung dürfte tatsächlich aber nur der militärische Vorrat, ein internationales Flugabkommen und ein Zusatzprotokoll zum niederländischen Handelsvertrag kommen.

Der Verfall der Dritten Internationale.

Moskau am Scheidewege.

Bei den letzten Wahlen in Deutschland, Oesterreich und Frankreich sind nicht nur die kommunistischen Parteien dieser Länder geschlagen worden, sondern auch Ideologie und Taktik der Dritten Internationale. Denn wäre auch nur einer der vielen Moskauer Glaubensartikel richtig, dann müßte in diesen Zeiten die Sache der bolschewistischen Weltrevolution glänzend stehen. Die kapitalistische Weltwirtschaft in schwerster Krise, Millionen Arbeitsloser, Mittelständler und Landproletariat in dumpfer Verzweiflungstrimmung, dazu imperialistische Kriegsabenteuer im Fernen Osten — ist das nicht Stoff genug für einen sozialrevolutionären Weltbrand zu entzünden? Die bolschewistischen Strategen haben sich jedenfalls die Sache so primitiv vorgestellt. Sie setzen alles auf die Karte der Vereindung der Massen. Je schlechter es den Verklätigten in den kapitalistischen Ländern geht, desto besser werden sie zu bolschewisieren sein, umso leichter werde man die Sozialdemokratie zwischen den Mühlsteinen des Radikalismus zermalmen können, umso näher die große Entscheidungsschlacht der Weltrevolution. Das war ihre Hoffnung. Die Sprache der jüngsten Wabstziffern hat sie schlagend widerlegt.

Die Entwicklung geht einen anderen Weg. In Deutschland behauptet die von jahrelanger Regierungsverantwortung beschwerte Sozialdemokratie, wenn auch mit heroischer Anstrengung und mit dem Verlust einiger Randschichten, ihre Kernpositionen. Die in sozialen revolutionärer Opposition stehende KPD zeigt viel geringere Widerstandskraft und sieht ihre Anhänger haufenweise zu Hitler überlaufen. In Oesterreich hofften die Kommunisten, daß ihnen die fürchtbare Vereindung großer Arbeiterschichten endlich aus dem Winkel der Bedeutungslosigkeit herausgeholfen werde. In schlimmster Krisenzeit wird gewählt. Die Kommunisten überputzeln sich in der hemmungslosten Agitation gegen die „Sozialfaschisten“. Und der Effekt? Die Sozialdemokratie geht in Wien gestärkt in der Provinz unerschüttert aus dem Kampf hervor und die rabiaten Wähler laufen an den Kommunisten vorbei ins Nazilager. Am einprägsamsten gestalteten sich die Dinge in Frankreich. Nach der Spaltung in Tours waren die Moskauer oben auf, rissen das mit Kauras unbergänglichem Namen verknüpfte Zentralorgan an sich, dazu den wertvollsten Teil des Parteiapparats und der Gewerkschaftsbewegung. Am Sonntag haben die französischen Arbeiterwähler die Bilanz zwölfjähriger Bolschewisierungsbearbeitung aufgestellt. Die Sozialdemokratie wieder zweitstärkste Partei des Landes, mit Stimmen- und Mandatsergebnis siegreich, die Kommunisten verlieren mit 300.000 Wählern fast ein Drittel des zusammenschmolzenen Bestandes, haben auch in der Stichwahl kaum Aussicht auf ein halbes Dutzend Mandate und sind damit als Faktor der Innenpolitik ausgelöscht. Im Zweikampf zwischen Sozialismus und nationalistischer Reaktion ist der französische Bolschewismus zermalmt worden.

Die Dritte Internationale wollte die sozialdemokratische Bewegung Westeuropas in ein Trümmerfeld verwandeln und sie sieht nun selbst vor einem Scherbenhaufen. Bedeutungslos in den nordischen Ländern, in Belgien, Holland, England und der Schweiz; muß sie ohnmächtig zusehen, wie die Führung der spanischen Revolution in den Händen der Sozialdemokratie liegt, wie auch in Ungarn und in Polen die „Reformisten“ an der Spitze des Kampfes gegen die Konterrevolution stehen. Von den drei Staaten, wo sie seinerzeit stärkere Geltung hatte: Deutschland, Tschechoslowakei und Frankreich, ist sie in dem zweitwichtigsten hoffnungslos an die Wand gedrückt.

Kreugers Hintermänner gesucht.

An Hand der Telegramme im Stockholmer Postamt.

Stockholm, 4. Mai. In der Kreuger-Anglegenheit dürfen Ende dieser oder Anfang nächster Woche weitere Verhaftungen erfolgen. Die Untersuchung der Polizei ist in eine neue Phase eingetreten, wobei es sich um einen ganz anderen Personenzirkel handelt als bisher. Das Stockholmer Telegrammamt ist von der Untersuchungskommission aufgefordert worden, ihm alle Kopien von Telegrammen zur Verfügung zu stellen, die von Frau Kreuger, der Kreuger & Toll- und der Handlungsgesellschaft abgehandelt worden sind. Man hofft, dadurch die schon bei der Polizei befindlichen Listen der geheimen Kreuger-Agenten ergänzen zu können, und auch die Geldsummen festzustellen, die durch die Hände dieser Hintermänner geflossen sind.

Bei uns und in Deutschland Anzeichen genug, daß auch in diesen Ländern der Faschismus die Früchte der bolschewistischen „Revolutionierung“ der Massen ernten wird. Sind es der Beweise noch nicht genug, daß die Taktik Moskows an den besonders gearteten Bewegungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung gescheitert ist? Die Methoden der sporadischen Revolutionsbewegungen mag im feudalen Rußland richtig gewesen sein und in einigen Kolonialen Ausposten haben. Dem organisierten Kapitalismus gegenüber vermag sie den organisierten Klassenkampf zu führen gleich der Sozialdemokratie waren die Kommunisten allerorten unfähig. In der Gewerkschaftsarbeit sind sie Zümpfer geblieben, die Bedeutung der Sozialreform in den Stufen der sozialen Revolution haben sie verkannt. Somit sind ihnen alle realen Unterscheidungsmerkmale gegenüber dem Rechtsradikalismus verloren gegangen. Insterischer, pathologischer, gewissenloser als die Nazis können die Kommunisten nicht sein und deswegen stehen sie vor der Gefahr, von ihren faschistischen Konkurrenten aufgefressen zu werden.

Sicherlich werden sich auch unsere Kommunisten über diesen für sie niederschmetternden Tatbestand Kopfzerbrechen machen. An ihre Vernunft zu appellieren, wäre vergebens, denn sie sind nicht Menschen freien Willens, sondern Marionetten Moskows. Moskau steht am Scheideweg. Die Despoten im Kreml müssen sich darüber schlüssig werden, ob sie ihre westeuropäischen Gefolgschaften weiter als Rekrutenschulen des Faschismus verwenden oder zum sozialistischen Massenkampf zurückführen wollen. Der bolschewistische Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie ist aussichtslos. Die Kommunisten stehen vor der Wahl, sich mit dem Faschismus gegen die Sozialdemokratie zu verbünden oder vereint mit den Sozialdemokraten den Faschismus zu schlagen. Man bleibe uns vom Leibe mit neuen Parolen und heimtückischen Einheitsfrontmanövern. Nur ein ehrlicher Waffenstillstand, bedingungslose Einstellung der Spaltungsbauarbeit könnte die brudermörderischen Verbrechen der Dritten Internationale sühnen, das westeuropäische Proletariat, aber auch die russische Revolution vor riesengroßen Gefahren bewahren!

Geringe Saisonbelegung in Nordböhmen.

Sinken der Arbeitslosigkeit im April um 7,77 Prozent.

Nach den statistischen Daten der 47 Bezirksämter für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung in Nordböhmen waren mit Ende April bei denselben noch 146.627 Arbeitslose angemeldet.

Auch diesmal handelt es sich noch um keinen größeren Rückgang der Arbeitslosigkeit; denn die Anzahl der angemeldeten Arbeitslosen ist von 158.997 nur um 7,77 Prozent gesunken. Diesen Rückgang muß man dabei nur der Möglichkeit der Arbeit bei den Bauern und in den von diesen abhängenden Berufszweigen, bei verschiedenen öffentlichen Arbeiten und bei der Landwirtschaft zuschreiben. Bei dem Rückgange, der sich im nordböhmischen Bereiche im Ganzen zeigt, sind leider auch noch Bereiche der Bezirksarbeitsvermittlungsinstitutionen, wo mit Ende des Monats April noch eine größere Anzahl Arbeitsloser in Evidenz war als am Anfang des Monats (Die Zahlen in den Klammern bedeuten die Daten vom Anfang des Monats). Es sind dies: Rumburg 3000 (3586), Haida 5527 (5269)

Karbis 4426 (4322), Welpert 3555 (3455), Eisenbrunn 3107 (2879), Hochstätt a. M. 1979 (1971), Mählsgrün 1189 (1048) und Rochlitz a. M. 519 (425). In einigen Bezirken ist der Rückgang kleiner als der durchschnittliche Rückgang im ganzen Bereiche, in einzelnen Bezirken sogar ganz bedeutungslos: Gablonz a. N. 12.606 (12.805), Tepitz-Schönan 10.409 (11.051), Brüx 6545 (6929), Komotau 5830 (6350), Kráupá 5396 (5484), Reichenberg 4577 (4854), Böhmisch-Ramitz 4046 (4147), Tur 4021 (4145), Warnsdorf 3996 (4292) und Górlau 3474 (3500). Die Bezirksämter für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung erwiesen wiederholt alle Arbeitgeber, den Arbeitslosen durch die Anmeldung aller Arbeits- und Dienststellen aller Berufszweige in den Anstalten das Suchen der Arbeit zu erleichtern und die Arbeitsangelegenheiten, die die jugendlichen Bewerber und Bewerberinnen mitbringen, den Anstalten zurückzugeben.

Abkündigung der obligatorischen Todesstrafe.

Reformpläne des Justizministeriums

In einem Vortrag in Pilsen äußerte sich der Justizminister Genosse Dr. Reichner über einige vorbereitete Änderungen des Strafgesetzes, so weit sie sich auf die Todesstrafe beziehen. Nach der Ansicht des Ministers wäre es schon ein großer Fortschritt, wenn es der Ermöglichung des Gerichtes anheimgestellt werden könnte, die Todesstrafe auszusprechen oder sie durch eine Freiheitsstrafe zu ersetzen, das heißt, daß anstelle einer obligatorischen Strafe nur die fakultative eingeführt werden würde. Der geeignetste Weg wird der sein, die Entscheidung darüber den Geschworenen zu überlassen und diese außerdem zur Entscheidung über die Höhe der Strafe zuzuziehen. Mit Recht wird es als Ungünstigkeit des geltenden Gesetzes angesehen, daß den Geschworenen nur die Entscheidung über die Schuld überlassen wird, während sie einen Einfluß auf die Strafe nur durch den Einspruch über die Schuld ausüben können. Wenn alle oder wenigstens ein Teil der Geschworenen die Möglichkeit hätte, über die Strafe mitzuzuschließen, würde ihr Anspruch häufig vielleicht anders ausfallen. An der Novelle wird im Justizministerium gearbeitet. Sie dürfte in der nächsten Zeit in das interministerielle Verfahren gelangen.

Die Ausländer in unjeren Kurorten.

Erfolgreiche Verhandlungen mit Oesterreich und Deutschland wegen Devisenfreigabe.

Die Verhandlungen des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Bäder und Mineralquellen in Prag, die seit acht Wochen mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn geführt wurden, werden in den nächsten Tagen zu einem guten Ende geführt werden. Die Oesterreichische und Tschechoslowakische Nationalbank haben sich bereit erklärt, dem Aufsuchen wegen Freigabe von österreichischen Guthaben für den Besuch

unserer Bäder zuzustimmen; die Durchführungsbestimmungen werden in den nächsten Tagen erlassen werden. Oesterreichische Kurgäste werden in geschlossenen Kuranstalten bis 4000 K und zum freien Kurgebrauch bis 6000 K pro Person zugeteilt erhalten.

Auch die Verhandlungen mit Deutschland stehen günstig. Die Regelung erfolgt ebenfalls über die Guthaben der Reichsbank und werden voraussichtlich bis 12.000 K für einen Kuraufenthalt pro Person den reichsdeutschen Kurgästen zur Verfügung gestellt werden können.

Mit Ungarn werden die Verhandlungen auf dem Wege einer Waren-Kompensation geführt.

Gelten die Fortgesehe auch für die Restgutbesitzer?

Ein Fall beispielloser Waldverwüstung in Deutsch-Ruß.

Aus Podersam wird uns berichtet: In dem Restgut Deutsch-Ruß gehören 127 Hektar Wald, davon sind gegen 90 Hektar jüngerer Bestand. Die frühere Herrschaft Hille und Dittich hat den Waldbestand geschont. Seitdem der Hof in die Hände des neuen Restgüteradels gelangte, wurde es anders. Der erste Besitzer hat nach Schätzungen Fingeweihter mindestens 1,5 Millionen Kronen durch Abholzung verdient

und dann den Hof weiter verkauft. Der neue Restgutbesitzer, ein Herr Rosak, setzt das gewinnbringende Werk fort, dürfte ebenfalls eine Million Kronen an Holzverkauf verdient haben. Auch die jüngeren Bestände wurden nicht geschont. Bezeichnend ist, daß das Holz unter dem in der Gegend üblichen Durchschnittspreis von 115 bis 120 K um 80 K samt Zufuhr verkauft wird, damit der Wald nur recht bald verübert werden kann.

Es entsteht nun die Frage, ob die Fortgesehe nur für gewöhnliche Sterbliche und nicht für Restgutbesitzer gelten. Die Forstaufsicht im Bezirke Podersam übt die technische Abteilung der Bezirksbehörde in Rakonitz aus. Sie hat nun das Wort zur Rechtfertigung der geschiedenen unehelichen Vorgänge.

Hakenkreuzlerischer Schwindel.

Im „Tag“ wird unter dem fetten Titel „Ein einzigartiger Fall: die Stadt ohne Erwerbslose“ das Lob des Naziregiments in Koburg geungen. In weiteren Unterzeilen wird behauptet, der rote Zufall sei ausgeräumt worden. 300.000 Mark seien durch Abbau der Spitzengehälter erspart worden, es gebe keine Erwerbslosen, es wurden Wohnungen gebaut und für Wohnungen wurde geforgt.

Holl Stolz verkündet zum Schluß der „Tag“: „Das ist nationalsozialistische Arbeit in der Gemeinde. Jedem lebenden Deutschen ist hier ein Beispiel gegeben, was geschaffen werden kann, wenn der Wille dahinter steht, etwas zu schaffen.“

Nur schade, daß die schöne Geschichte einen gewaltigen Haken hat: sie ist nämlich nicht wahr. Der „Tag“, der ein in Berlin verbreitetes Flugblatt für seinen Reklameartikel verarbeitet, ist einem Hamburg aufgelesen. Das Flugblatt war gehalten in Form einer Rede des Nazibürgermeisters Schwede. Schwede hat inzwischen öffentlich erklären müssen, daß die ihm in den Mund gelegten Zahlen und Gehaltsfiguren zum großen Teil nicht stimmen. Auch sonst war das Flugblatt von A bis Z ein großer Schwindel. Es wurde zunächst von der Ritz- und Pumpwirtschaft geredet, die vor dem Regierungsantritt der Nazis in Koburg geherrscht habe und angeblich von einer „Reinheit von Nazisten“ betrieben worden sei. Wahrheit ist: In Koburg haben niemals die Sozialdemokraten eine Mehrheit gehabt, sondern immer die Bürgerlichen. Diese Bürgerlichen haben die Ausgaben bewilligt. Die im Jahre 1924 eingezogenen vier Nazis haben die Ausgabenwirtschaft der Bürgerlichen mitgemacht.

Weiter wird im „Tag“ behauptet, daß die Nazis, nachdem sie im Jahre 1928 die Mehrheit erlangt hätten, „mit eisernem Befehl“ Ordnung geschaffen hätten. Umgekehrt ist es gewesen! Die Nazis stellten zunächst einen Reformrat mit einem Schulbetrag von 900.000 Mark auf. Rumme griff die bayerische Regierung ein und stellte Koburg unter Kuratel. Seit 1928 darf Koburg keine Ausgabe mehr machen, die nicht von der Regierung genehmigt ist. Diese also hat die Ordnung geschaffen, nicht die Nazis. Ueber den „Abbau“ der Gehälter ist folgendes Tatsache: Der „ehrenamtliche“ Schwede bezieht 460 Mark Gehalt als Meister fort, wofür er als Meister nichts mehr tut, vielmehr hat die Stadt einen neuen angestellt. Dazu hat er freie Wohnung, Heizung, Beleuchtung, ferner 120 Mark Auswandsentschädigung als Bürgermeister und 405 Mark Auswandsentschädigung als Mitglied des bayerischen Landtags. Dazu noch Nebenbezüge als Verwaltungsratsmitglied der städtischen Sparkasse. Seine monatlichen Einkünfte übersteigen 1000 Mark.

Der „Tag“ behauptet ferner, daß es in Koburg keine Arbeitslosen mehr gäbe. Sämtliche Ausgesteuerten arbeiten angeblich im Dienst der Stadt für einen Stundenlohn von 61 Pf. Das ergibt in der Woche bei 25stündiger Arbeit einen Lohn von etwa 22 Mark zusätzlich der Zuschläge. Tatsächlich werden in Koburg nur wenig über die Hälfte der Erwerbslosen beschäftigt. Der Lohn auf den Baustellen beträgt nicht 22 Mark, sondern 15 Mark wöchentlich. Für die Nichtbeschäftigten sind die Zuschläge niedriger als in allen anderen oberfränkischen Städten.

Nach dem „Tag“ wollen die Nazis Neubauproduktionen errichtet haben, bei denen die Zweizimmerwohnungen nur 12,60 Mark Miete kosten. — Die Ziffer ist falsch. Nach den

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Es ist nicht recht mit ihrem Geplapper. Der Bohmentafel polstete sie auf, weiter nichts. Und alles, was sie schwatzte, hat nur den einen einzigen Zweck: uns und sie selbst zu täuschen.

...bit schön, sag ich zu die andern im Abteil, haben die Herrschaften was dagegen, wann ich ma die Schucherin anszias, mich fieschen so die Säbneraugen? Ru, sagt der Dide hinter meinem Cräpe de Chine-Kleid her, das ich an einem Dakerl ins Gepädnes ghängt hab, zehu Se sich man immer noch weiter aus, Fräulein, uns macht das garnitz.

Ein Dakerl, sich mal an, Urschl, was de immer für Schwein hast bei all deinem Unglück. Brauchst bloß dein Cräpe de Chine-Kleid auszuziehen im Eisenbahnkuppel und schon ist ein Dakerl da, uns aufzuhänge.

„Hi“, mache ich, „st, st“, und sofort klappern die Maschinen. Jemandwo hat eine Tür gequitscht. Schritte sind hörbor im Korridor. Aber es ist bloß der Laufjunge mit Urschls Würschteln.

Ein Hallo empfängt ihn. Stodmann wird mügend.

„Also wenn du jetzt nicht 's Maul hält, Urschl, dann kommste zurück in dein Sanatorium, verstanden?“

„Ach, ma's Euch nig an, Ihr Deutschen, Ihr Preußen, es habts alle de Arbeit mit'n großen Löffel getroffen. I erzähl Euch niz wieder, warts nur. Die Geschichte is noch lang nicht zu End, aber gehts mir, nig kriegt Ihr mehr von mir 'hörit.“

„Gehns weg!“ versucht sie sich den langen Krüger abzuschütteln, der sich in seiner ganzen Länge über das Pult redt.

„Urschl, mir erzählst doch nachher weiter vom Dakerl? Wir suchen uns ein Plazerl, Urschl, ein Eckerl und dann erzählst mir das Endertl vom Geschichtel mit dem Dakerl.“

„Ach, lahts mich in Ruh! — — ich muß erst mei Würschteln essen.“

Es will mir scheinen, als hätte sie etwas vertuscht beim Hinnehmen des Bafets.

Der Argwohn, mit dem sie blitschnell zu mir herüberaunte, hat mich stuhig gemacht. Ich wollte Hundert gegen Eins, unter den heißen Würschteln liegt eine Tüte aus der Apotheke.

Wo nicht einmal von diesen gefährlichen Pulvern ist sie losgekommen!

Unter meinem forschender Blick wird sie unruhig.

„Ich hab jetzt immer an Hunger“, sagt sie, um mich abzulenken. Dabei beißt sie trotz vollem Munde erneut von den Würscheln ab.

Dieser gewaltsame Doppeln ist sehr verätrisch. Es ist die alte Sache von früher: sie kann nur mit Widerwillen etwas zu sich nehmen.

„Was schauns mich so an?“ fragt sie im Schlingen, und ich werde mich voller Erbarmen, so sehr hat die heiße Angst der unruhigen Augen mich getroffen. Hastig bringt sie ihr Pulver in Sicherheit.

„Urschl,“ sage ich leise, „warum sind Sie nicht noch ein, zwei Tage zu Hause geblieben nach der anstrengenden Reise? Wenn man ein Vierteljahr geschickt hat, spielt eine halbe Woche schließlich keine Rolle mehr.“

„Ach, was Sie immer haben! Mir ist tadellos. Ich bin kerngesund. Soanet hat mir die Reij geschadt.“

Aber nach fünf Minuten, gerade kommt Schneider zur Tür herein, schläft sie hinaus. Es fällt nicht sehr auf. Man könnte meinen, sie habe etwas vergessen.

Aber ich weiß wo sie hingehet und was sie dort tun will. Sie darf diese Pulver nicht wieder nehmen.

Ich gehe ihr nach. In der Toilette höre ich bestiges Erbrechen. Ich lehre erschüttert um, will sie jetzt mit meiner Mitwisserschaft nicht quälen.

Kramphast lächelnd kommt sie nach einigen Minuten zurück. Sie hat neu Rot aufgelegt. Es ist unerkennbar.

„Ich hab ganz vergessen, mein Kaffeebefehl auszuwaschn“, versucht sie ihre Abwesenheit zu rechtfertigen, „das hatt ja nun schon wieder die Harniden sehen sollen, die alte Fuchsi! Jessas na, dann aber die arme Urschl!“

Ja, ruft das Echo in mir, arme Urschl, armes, tapferes Mädl.

Eine alte Frau trägt einen Eimer mit übelriechendem Urat über den Hof. Die Haustür ist hinter ihr offen geblieben wie ein schwarzes Loch. Eine Kacke schnell auf. Als ich den Fuß über die Schwelle setze, verschwindet sie lautlos zwischen Kellertritten.

Bergablich taste ich an feuchter Wand nach einem Lichtschalter. Bedrückten Atem tappe ich die Treppe hinan.

Im vierten Stock fällt schwacher Lichtschein durch eine halb offene Korridortür. Ich erweitere den Spalt und lausche. Jemandwo hinter verschlossenen Türen erhebt sich ein Wimmern. Ich klopf. Nach drinnen erfolgtem ängstlich jammernden Ruf drücke ich die Klinke.

Es bedarf einiger Anstrengung, bis ich begriffen habe, daß dieses vermunnte, in Schmerzen sich hin und her wiegende Etwas, das da gegen die Wand gestützt in die Pette kniet, die einst so übermütige und quersilberige Urschl ist.

Unter dem Turban wolkener Tücher verdrät eine weiße Binde die Stirn und unter dieser

Binde flüchten ein paar verdrehte Augen vor mir fort. Auf einem Stuhl vor dem Bett steht eine Schale mit Wasser, die Kompreffe zu erneuern.

„Urschl,“ sage ich und es quillt mir bedrohlich in der Kehle vor der erschütternden Armut dieser Kammer, „erschrecken Sie doch nicht. Ich will nur sehen, ob ich Ihnen nicht ein bißchen helfen kann.“

Sofort weint sie.

Das Gesicht einer Mumi, verrottet, uralt, bis zur Unkenntlichkeit gemagert, schält sich aus dem Durcheinander fragwürdiger Lumpen.

„Werden sie mir kündigen, haben sie schon davon gesprochen?“

„Aber Urschl, daran denken Sie nun, wo Sie solche Schmerzen haben! Kein Mensch redet vom Kündigen. Sie lassen alle schön grüßen, auch Schneider. Schneider hat uns auf Ehre versprochen, nichts zu veranlassen. Und Barius ist überhaupt verzeiht.“ „Lige ich noch hinzu, um sie volends zu beruhigen, „da haben wir fast gar nichts zu tun.“

„Es ist keine Vertretung für mich eingestellt.“

„Keine Spur,“ läge ich wieder und winde ihr die Kompreffe aus. „Wäre es nicht besser, Urschl, Sie legten sich hin?“

„Nein, um Gottes willen, ich kann ja nicht liegen, ich darf ja nicht liegen. Ich habe alles ausprobiert. So geht es am besten. Aber der Omnibus! Mein armer, armer Kopf, wenn unten der Omnibus vorbeifährt.“

Und mit halbgeöffnetem Munde, den Kopf unruhig gegen die Wand gelehnt, stöhnt sie vor sich hin und läßt aus geschwollenen Lidern Tränen sidern.

(Fortsetzung folgt.)

Strafantrag gegen den Abgeordneten Horak. Die Kohlengeschäfte eines tschechischen Gewerdeparteilers.

Die Affaire des tschechischen gewerdeparteilichen Abgeordneten Horak, über welche wir vor einiger Zeit berichteten, ist in ein neues Stadium getreten.

Gegen den Abgeordneten wurde von dem Eigentümer der Grube „Svoboda“, Janecel, die Strafanzeige erstattet.

nachdem Janecels Frau im Zivilwege bereits die Rückerstattung eines Betrags von 309,264 Kronen verlangt, welche der Abgeordnete Horak als Belohnung dafür erhalten hatte, daß er der Grube Aufträge der Staatsbahnen verschaffte. Der geforderte Betrag ergibt sich daraus, daß Horak mehr erhielt, als ihm nach der tatsächlichen abgenommenen Menge

für jeden getriebenen Zentner hatte er sich 50 Heller ausbedungen

gebührt. Janecel behauptet, daß er sich bei der tschechischen Gewerdepartei informiert habe, wo ihm mitgeteilt wurde, daß Horak die Partei nicht informiert und ihr nichts abgeliefert habe. Als Horak sich weigerte, den geforderten Betrag zurückzahlen, trat Janecel seine Forderung an seine Frau ab, welche die Zivilklage einbrachte. Zwischen verhandelte Janecel mit Horak weiter, welcher dabei behauptete, daß er die Gelder seiner Partei abgeliefert

habe. Dr. Jar. Langer, welcher als Bevollmächtigter Horaks das Geld bei Janecel einlieferte, soll in der Zeit dieser Verhandlungen ebenfalls erklärt haben, daß der Abgeordnete Horak das Geld seiner Partei abgeliefert habe.

Janecel erstattete nun die Strafanzeige, damit festgestellt werden könne, ob der Abgeordnete Horak das Geld, welches er von der Firma erzwungen hatte, der Partei ablieferte.

Rechnungen der Finanzkommission betragen sie 12,50 Mark. Es handelt sich aber — und das ist die Hauptsache — nicht etwa um reguläre Mietwohnungen, sondern um Kotschle, in denen Familien einquartiert werden, die sonst keine Miete zahlen könnten. Die angebliche „Zweizimmerwohnung“ ist in Wahrheit eine Zweiviertelwohnung. Der gesamte Flächeninhalt der Wohnung beträgt 30 Quadratmeter. Die Zweizimmerwohnung ist also nicht größer als die Ladeschale eines normalen Güterwagens der Eisenbahn!

Schlieflich: Im Stadtratswahlkampf 1929 hatte die deutschnationale „Koburgische Landeszeitung“ daraus hingewiesen, daß nationalsozialistische Stadträte, darunter auch Herr Schwede, sich wirtschaftliche Vorteile von der Stadt verschafft hätten, obwohl sie sich feierlich verpflichtet hätten, keine Vorteile anzunehmen. Der darauf verfasste Redaktionsartikel wurde mit der Begründung freigesprochen, daß der Wahrheitsbeweis in allen Fällen erbracht sei.

Die Wunderthaten der Koburger Nazis erpuppen sich also als der übliche Schwindel für Wundergläubige, sagt mit vollem Recht der Berliner „Vorwärts“. Das leuchtende Beispiel des hofenkreuzerischen Rufferverweilung entwirrt sich bei näherem Zusehen als bewusste Irreführung wider Menschen. Das ist übrigens die ganze Nazibewegung...

Wiederum eine siegreiche Gemeindevwahl.

Am 1. Mai fanden in Dürnholz (bei Kalsburg) die Gemeindevahlen statt, bei denen unsere Partei zum erstenmal in die Gemeindevverwaltung kandidierte. Beim ersten Anlauf konnte unsere Liste 108 Stimmen und zwei Mandate erobern, ein sicherer und zweifelsloser Erfolg. Die rote Liste wird am hohen Lande immer siegreicher.

Nach kein Ende der Verhaftungen.

Oberleutendorf, 4. Mai. Im Zusammenhang mit der Unterjagung gegen die deutschen nationalsozialistischen Organisationen wurden in Bruch der Schloffer Ernst Bruch und der Hofersohn Friedrich Schubert von der Genharmarie verhaftet und dem Oberleutendorfer Bezirksgericht eingeliefert.

Arbeitsleistung der Bergarbeiter und ihre Lage.

Aus dem soeben erschienenen Tätigkeitsbericht des Bräuer Revierrates geht hervor, daß die Förderung im Revier gegenüber dem Jahre 1930 im Jahre 1931 von 14.903.961 Tonnen auf 12.896.254 Tonnen, das ist um 6,76 Prozent zurückgegangen ist. Zugewogen ist die individuelle Leistung im Revierbergamtsbezirk Prütz um 5,4 Prozent, in Teplitz um 1,62 Prozent und in Komotau um 8,03 Prozent gestiegen. Vergleicht man die Jahresleistung eines Bergarbeiters im Jahre 1930 mit der im Jahre 1931 so ist dieselbe von 226 Zentnern auf 235 Zentner, das ist um 19 Zentner gestiegen. Die Gestehungskosten pro Meterzentner betragen im ganzen Reviere K 1,95 und sind gegenüber 1930 um K 0,11 gefallen. Die Leistungen der Bergarbeiter steigen also und der Lohnanteil an den Produkten sinkt. Gleichfalls ist eine Steigerung der Krankenschichten zu verzeichnen. Im Jahre 1930 entfielen auf einen Bergarbeiter, 18,9 Krankenschichten, 1931 aber 19,76. Die Steigerung hat ihre Ursachen darin, daß der Bergarbeiter infolge des zwei Jahre andauernden Lohn-

ausfalls sich nur ungenügend ernähren kann und deshalb gegen Krankheiten weniger widerstandsfähig ist. Dazu kommt noch, daß der im Bedingte beschäftigte Bergarbeiter vom Bestreben erfüllt ist, große Leistungen bei den drei oder vier Fortschritten zu erzielen, um den Lohnausfall in-

Ein zweites Militärflieger-Unglück seit Montag. Todessturz eines Geleiteten und eines Reserveleutnants.

Montag stürzten der Rotmeister Brlikan und der Jungführer Mikuloc bei einem Übungsflug zu Tode; die Zeiten, mit denen „von kompetenter Stelle“ gemeldet wurde, daß dieser Doppeltod „wahrscheinlich infolge Schadhafitwerdens des Tragapparates des Flugzeugs“ sich ereignete, sind noch nicht recht trocken, und schon kommt eine neue, ganz ähnliche Schreckenachricht:

Prag, 4. Mai. (T.M.) Heute nachmittags um 13 Uhr 30 Minuten stürzte bei einem Übungsflug das Flugzeug Ab-11184 vom Fliegerregiment Nr. 1 hinter der Gemeinde Kbelch aus einer Höhe von etwa 100 Meter ab. Bei dem Ausfall auf den Boden hing der Apparat Feuer. Der Feldpilot, Geleiteter Walter Preizler und der Beobachter, Reserveleutnant Blaskmil Jirek, kamen in den Flammen um. Die Ursache des Unglücks untersucht eine Kommission an Ort und Stelle.

Die Bevölkerung der Tschechoslowakei bezeichnet, so weit sie nicht stupid oder schon völlig abgestumpft ist, ohne Unterschied der Nation neuerlich diese Häufung von Militärfliegerkatastrophen mit Angst und Schrecken und mit immer wieder entsetztem menschlichen Gefühl. Die diversen Militärstaaten der alten und der neuen Welt haben begreiflicherweise bisher die Öffentlichkeit nicht sehr mit ihren gewiß peinlich genau geführten Statistiken über Zahl und Art militärischer Flugzeugabstürzen beschäftigt, so daß wir also nicht angeben können, an welcher Stelle in einem solchen internationalen Verzeichnis über den Friedenstand der Militärpiloten die Tschechoslowakei rangiert. Aber daß „wir“ jedenfalls einen „sehr guten Platz“ haben, dürfte nach der Anzahl der Katastrophen, die sich hier zu Lande und zur Luft jähraus jähraus ereignen, von niemandem bestritten werden. Woran das liegt, ist ebenfalls vom Laien schwer festzustellen. Ist das Material so mangelhaft? Oder ist die Ausbildung unzureichend? Läßt man Leute übungsfiegen, die dazu noch nicht die nötige Ausbildung haben? Sind die Lehrer nichts wert? Geht man nicht mit der hier notwendigen allerhöchsten Gewissenhaftigkeit und mit dem peinlichsten Verantwortungsgefühl ans Werk?

Ein Mann, ein Wort. Ing. Doderer und sein Versprechen.

Ueber Anregung der Gemeinde Rothau wurde durch das Ministerium für soziale Fürsorge wegen der Verlegung der Eisenwerke Rothau für den 14. Mai 1930 in Karlsbad eine Enquete einberufen, an welcher außer den durch die Verleserlegung betroffenen Gemeinden die Vertreter der Bezirksbehörden Grassly und Rendl, die Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge, des Handelsministeriums und des Finanzministeriums sowie auch die Vertreter der E. A. G. Rothau-Neudorf mitnahmen.

Als im Verlaufe der Verhandlungen der Vertreter der Gemeinde Rothau an Zentraldirektor Ing. Doderer die konkrete Aufgabe stellte, wie es der Gemeinde finanziell ermöglicht werde, den Betrieb des Wasserwerkes weiter aufrecht erhalten zu können, wenn die Eisenwerke von Rothau nach Karlsbütte überfiedeln würden, erklärte der Zentraldirektor Doderer:

„Wir erscheint diese Anfrage gegenstandslos, nachdem die E. A. G. Rothau-Neudorf den 95prozent. Beitrag für die laufenden Wasserleitungsbetriebskosten übernommen hat und diese Verbindungen selbstredend auch in Zukunft, wenn die Betriebe von Rothau abgezogen sein werden, weiterhin aufrecht bleibt.“

Die Gemeinde hat nun einvernehmlich mit der Werkdirektion Rothau und mit Zustimmung derselben im November 1931 das Erfordernis des Wasserwerksvoranschlags für das Betriebsjahr 1932 verfaßt, den 95prozentigen Beitrag der Eisenwerke errichtet. Der Voranschlag, sowie das im Zusammenhange mit ihm verfaßte Protokoll wurde von der Gemeinde und der Werkdirektion gegenseitig gefertigt, genau so, wie es in den vorangegangenen Jahren geschah. Die Gemeinde mußte annehmen, da durch die Zentraldirektion keine gegenteilige Weisung ergangen war, daß der Voranschlag Rechtswirksamkeit erlangt habe.

In den beiden letzten Gemeindevortreffungen berichtete nun der Gemeindevorsteher, daß die Zentraldirektion gegen den Voranschlag Einspruch erhoben habe, da sie nur die Zinsen und Annuitäten der zum Bane der Wasserleitung aufgenommenen Darlehen bis zu 95 Prozent beizutragen beabsichtige, jedoch nicht für das Erfordernis der jährlichen Erhaltungskosten. Dadurch erwächst der Gemeinde Rothau ein Verlust von rund 400.000 Ks und die Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Abwasser wird gefährdet.

folge der Feierschichten teilweise weitzumachen. Die gefährliche Arbeit in den Gruben ist, dafür sei als Beweis angeführt, daß im Jahre 1931 insgesamt 6510 Betriebsunfälle gemeldet wurden. Jeder vierte Bergarbeiter hat also einen Betriebsunfall erlitten.

Alle diese Fragen mögen die „Kompetenten“ sich selber beantworten.

Wir sind daran interessiert, als wir vom Militarismus, weil und solange wir ihm nicht den Garaus machen können, verlangen müssen, daß er zumindest im Frieden den Menschenleben, die er sich zu Diensten macht, die denkbar größte Rücksicht entgegenbringe. Die Häufung der Fliegerkatastrophen läßt aber stärkste Zweifel schon an der pflichtgemäßen Vbsorge, geschweige denn an dem nötigen menschlichen Empfinden zu, ganz so wie die Häufung der Soldatenmishandlungen und der Soldatenfeldmorde, Menschenleben sind ja heute billig wie Brombeeren — für einen toten Flieger findet sich, bei der herrschenden Massenarbeitslosigkeit, bei der Ueberfülltheit auch dieses, ach so romantisch-heldischen Berufes, sicherlich immer duzendfacher Ersatz!

Wir geben uns keinen Illusionen darüber hin, daß nur etwa das Nationalverteidigungsministerium oder die Leitung des militärischen Flugwesens tüchtig durchgreifen würde. Die Herren werden wohl, das möchten wir nicht bezweifeln, sehr betroffen davon sein, daß innerhalb dreier Tage zwei Flugzeuge und vier Soldaten zu Tode kamen — aber eine völlige Aenderung oder auch nur eine weitergehende Sicherung der Menschenleben bei dieser Übungsfliegerei versprechen wir uns durchaus nicht. Der Tod gehört einmal zum Geschäft des Militarismus.

Aber etwas anderes erhoffen wir uns von dem so unendlich traurigen „friedlichen“ Massensterben in den Läften, nicht nur bei uns, sondern auch anderswo: daß nämlich bei allen Vernünftigen dadurch der Widerstand gegen den Militarismus in der ganzen Welt gestärkt werde. Vielleicht lesen sogar eifrige Herr in Genf, bei der Abrüstungskonferenz, diese Katastrophenmeldungen nicht ganz ohne Augen; vielleicht tragen diese gedauften Unglücke, wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch allmählich dazu bei, daß die Abrüstung in der Luft sich rascher Bahn bricht, als es den patriotischen Staatsmännern, den rüstenden Chauvins, den Generalen, Verteidigungsministern und Rüstungsfabrikanten genehm ist!

Die schon so oft, muß man auch hier konstatieren, daß Versprechen und Einhaltung zweierlei Begriffe sind. Die Öffentlichkeit wird sich ihren eigenen Kommentar dazu machen.

Hitler schafft neue Not. Das Ausland zieht Aufträge zurück.

Aus Kiel wird gemeldet: Die Nazis haben den letzten Wahlkampf in Deutschland hauptsächlich mit der Schwindelparole geführt: „Hitler gibt euch Arbeit! Hitler beseitigt die Not!“ Das Gegenteil ist richtig! Dafür zwei Beispiele aus den letzten Tagen:

Eine Kieler Werft hatte den Auftrag, für Schweden einen großen Walfänger zu bauen. 500 Arbeiter hätten daran drei Monate lang Beschäftigung gehabt. Der Walfänger wird aber in Kiel nicht gebaut. Der Auftrag ist zurückgezogen worden, weil, wie der Auftraggeber mitteilt, das Ausland infolge des Wahlausfalles mit Störungen rechnet. Der Walfänger wird jetzt in Göteborg hergestellt.

Die gleiche Werft hatte auch von Holland beträchtliche Aufträge erhalten. Auch dieser Auftraggeber teilte mit, daß der Auftrag von Kiel zurückgezogen werden müsse, weil Holland mit seiner Wirtschaftslage sich von dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten nichts Gutes versprechen könne.

So sieht die „Arbeitsbeschaffung“ durch Hitler, die Beseitigung der Not durch seine Schmarlatane aus. Statt Arbeit und Brot schafft allein die Existenz dieser internationalen Verbebung neues Elend und neue Not!

Zwecklose Diskussionen...

Genf, 4. Mai. Am Unterkomitee des Luftfahrtauschusses wurde nach einer eingehenden Debatte von der schweizerischen und der englischen Delegation ein Antrag eingebracht, der besagt, daß alle Luftfahrzeuge in gewisser Weise für Offensiv- und Defensivzwecke verwendet werden könnten. Wegen dieser Formulierung wurde von deutscher und russischer Seite entschieden Einspruch erhoben. Der deutsche Delegierte forderte eine nähere Präzisierung, durch die vermieden werden soll, daß der Entwicklung der Zivilluftfahrt Fesseln angelegt werden. Ueber den deutschen Antrag entspann sich eine längere Debatte, in der man versuchte, die deutsche Delegation bei der Abstimmung zur Stimmhaltung zu bewegen. Da dies nicht gelang, sah der Ausschuss daraufhin von einer Abstimmung ab.

Krisenabgabe. Binnen Wochenfrist ins Parlament?

Prag, 4. Mai. Auch die heutigen Beratungen der Wirtschaftsminister brachten die Vorlage über den Notfonds, vielmehr über die Krisenabgabe für Arbeitslosenwecke, noch nicht zum Abschluß. Immerhin sollen im nächsten Ministerrat am Freitag bereits die abschließenden Entscheidungen über diesen Fragenkomplex gefällt werden. Es besteht auch die Absicht, die Vorlage in der nächsten Woche bereits dem Parlament vorzulegen und sie so möglichst bald in das weitere Stadium der Abberatungen und Ausschuhverhandlungen überzuleiten.

Die Koalitionsberatungen über die Spiritusgesetzgebung gingen auch heute weiter fort. Unter anderem ist auch noch die Form der künftigen Spiritusbewirtschaftung, für die die Vorlage bekanntlich mehrere Möglichkeiten — Monopol oder privilegierte Gesellschaft — offen läßt, noch strittig.

Am Vormittag beriet die ministerielle Wohnungskommission unter Vorsitz des Genossen Dr. Czoch; die Beratungen sollen Montag fortgesetzt werden.

Leon Blum: Der Reaktion den Weg verlegen!

Paris, 4. Mai. Im „Populaire“ erklärt Leon Blum: Sämtliche sozialistischen Vereinigungen haben bereits Kampfstellung für den zweiten Wahlgang eingenommen unter der Parole, der Reaktion den Weg zu verlegen und nicht in die antisozialistische Einheitsfront einzutreten. Ueberall, wo unsere Vereinigungen die Zurücknahme unserer Kandidaten für geboten halten, werden sie dies tun. Der Reaktion den Weg zu verlegen, ist unsere Pflicht.

Der Verwaltungsrat der sozialrepublikanischen Partei, Richtung Painlevé, hat beschloffen, im zweiten Wahlgang seine Kandidaten zugunsten besser platzierter, anderer linksstehender Kandidaten zurückzuziehen. Keinesfalls soll ein sozialrepublikanischer Kandidat im zweiten Wahlgang mit Hilfe irgendwelcher Stimmen der Reaktion seine Wahl durchsetzen.

Hoovers Sparprogramm vom Repräsentantenhaus sabotiert.

Washington, 4. Mai. (Neuer.) Das Repräsentantenhaus hat einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der vorgeschlagenen 200-Millionen-Ersparnisse auf 12,300.000 Dollar angenommen.

1,2 Milliarden Mark. Steueranfall in Deutschland.

Berlin, 4. Mai. Vom 1. April 1931 bis 31. März 1932 hat das Reich an Steuern und Zöllen insgesamt 7.787.000.000 Mark erhalten gegenüber 9.025.000.000 Mark im Rechnungsjahr 1931.

Deutschlands Militärverbände unter Kontrolle des Reichsinnenministers.

Berlin, 4. Mai. (Wolfsbüro.) Alle politischen Verbände, die militärisch organisiert sind oder sich so betätigen, sind heute durch eine Verordnung des Reichspräsidenten der Kontrolle des Reichsministers des Innern unterstellt worden.

Diese Verordnung gibt der Reichsregierung die Möglichkeit, alle in Betracht kommenden Organisationen entsprechend ihrem beziehungsartigen Charakter zu überwachen und sie aufzulösen, falls sie den Versuch machen würden, die Autorität des Staates zu untergraben.

Auf Verlangen müssen diese Verbände dem Reichsminister des Innern ihre Satzungen zur Prüfung vorlegen. Sie sind zu jeder Satzungsänderung verpflichtet, die der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält. Verbände, die den Anordnungen des Reichsministers des Innern zuwiderhandeln, können von diesem aufgelöst werden. Begehren dagegen werden vom Reichsgericht entschieden.

Auflösung der kommunistischen „Gottlosen-Organisationen.“

Durch eine weitere Verordnung des Reichspräsidenten sind die kommunistischen Gottlosen-Organisationen mit sofortiger Wirkung für das ganze Reichsgebiet aufgelöst worden. Der Auflösung verfallen: Die internationale proletarischer Freidenker (das ist die kommunistische Freidenker-internationale, D. Red.) und die ihr nachgeordneten oder angeschlossenen kommunistischen Freidenker-Organisationen, insbesondere der Verband proletarischer Freidenker Deutschlands, einschließlich der proletarischen Freidenkerjugend, der Freidenkerpioniere und der Frauenkommissionen sowie die Kampfvereine des proletarischer Freidenker. Auch die Einrichtungen, die diesen Organisationen gehören, einschließlich der Verlagsbetriebe, sind von der Auflösung betroffen.

Tagesneuigkeiten

Trauriger Saisonbeginn in Marienbad.

Die Aussichten für die eben begonnene Saison in Marienbad sind sehr traurig. Ein großer Teil der Arbeiterschaft hat für heuer keine Verdienstmöglichkeit verloren; es sind dies die Zimmermaler, Bauarbeiter, Anstreicher, Antikolatorer, Tapezierer, kurz alle jene Berufe, die sonst vor der Saison reichlich beschäftigt waren. Die Geldknappheit und die niedrigen Verdienstmöglichkeiten haben nicht nur jede Investition, sondern oft auch nötige Reparaturen verhindert. In Hotels und Kurhäusern ist die Zahl der Angestellten stark reduziert worden. Das bedeutet Verdienstmöglichkeit für viele und gesteigerte Ausbeutung für die Beschäftigten, welche die Arbeit leisten müssen, die in anderen Jahren von der doppelten Zahl kaum geschafft wurde.

Hoffen wir, daß die harte Schule der Krisenzeit die rückständige Arbeiterschaft zum Nachdenken über ihre Lage und über die Wege, die aus der Not herauszuführen, bringt.

Hafentrenn ab!

Heimar, 2. Mai. (Eig. Draht.) Die Nazifische bringt viele thüringische Arbeiter und Geschäftleute um Lohn und Brot. Im Vorjahr wurden bereits verschiedene naziverfeindliche thüringische Bäder und Sommerfrischen von Erholungsbedürftigen gemieden, jetzt überträgt sich dieser Zustand auch auf die Industrie. In Blankenberge, einer Enklave des preussischen Kreises Ziegenrück, wird in der Bauindustrie die Weißwaren-Handfabrik betrieben. Eine Düsseldorf-Firma, die bisher von dort ihre Waren bezogen hat, schrieb kürzlich an ihre Lieferanten: „Bei Ihrer Sendung befindet sich ein Arbeitszettel, auf welchem sich der Vermerk „Heil Hitler“ befindet. Wir bitten Ihnen diesen Arbeitszettel bei, damit Sie feststellen können, wer sich von Ihren Leuten die Unverschämtheit uns gegenüber erlaubt hat. Wir werden die Konsequenzen ziehen, denn wir sind nicht gewillt, Leute zu unterstützen, die eine verachtliche Gesinnung zeigen. Irrendweldige Entschädigung Ihrerseits ist vollkommen zwecklos.“ Seitdem sind von der betreffenden Firma keine Arbeitsaufträge mehr erteilt worden.

Der naziverfeindliche Großpapierfabrik Rosenthal an der Saale, Kreis Saaleh, in Thüringen gehen in letzter Zeit ebenfalls immer weniger Aufträge zu. Große Firmen bestellen bei ihr nicht mehr. Nach der großen Lederfabrik in Hirschberg an der Saale sind in letzter Zeit mehrfach große Aufträge verloren gegangen, weil auf dem gefertigten Leder mit Kreide gezeichnete Hafentrennzeichen zu finden waren. Auslandsvertreter verließen die Firma, ohne Aufträge zu erteilen, nachdem sie in dem Betrieb bemerkten, daß überall die Wände mit Hafentrennzeichen beschriftet waren.

In diesen beiden großen Betrieben betreiben hauptsächlich die Angestellten Hafentrennzpropaganda.

Offiziell-wissenschaftliche Wirtschaft

Der letzte Ausweg der Wirtschaftsführer.

Je schlechter der Mechanismus des Weltkapitalismus funktioniert, je offensichtlicher das Verfallens der „Wirtschaftsführer“ wird, um so lieber pflegen die Kapitalisten in Wirtschaftsmystik zu machen. Erst vor wenigen Tagen berichtete das Berliner Tageblatt über eine Wahrsagerin, die sich der Gunst zahlreicher Berliner Bankdirektoren erfreut. Erst in diesen Tagen ist offenbar geworden, daß Max Ellarels, Vizepräsident und intimer Vertrauter der Wahrsagerin Frau Seidler gewesen ist. In der Neuen Züricher Zeitung ist ein Inserat erschienen, das klar beweist, daß das Wahrsagen aus dem Kaffeefay Mode zu werden beginnt. Es lautet:

Großindustrie — Großkapital

Wir stehen zur Zusammenarbeit und eventuellen Gründung eines internationalen Konzerns Interessenten.

In Frage kommen Krisen neuer Erzeugnisse, ganz gleich welcher Art.

Aufgekauft wird das Ganze unter Mitwirkung einer offiziell-wissenschaftlichen Person.

Großfirmen sowie kleine Einzelhändler, die Führungsmacht wünschen, wollen sich melden unter Nr. 1233 an Rudolf Kofke, Zürich.

Als der neueste Glanz privatkapitalistischer Wirtschaftsführung: die „offiziell-wissenschaftliche“ Beratung! Ursprünglich haben die Klausuren der guten, alten Schule auf der ersten Seite ihres Hauptbuchs ein feierliches „Mit Gott!“ geschrieben. Als selbst das nichts mehr geholfen hat, klüchteten sie zu den offiziellen Wissenschaften. Mit anderen Worten: Sternendekoration und anderer Schmuck soll in der Wirtschaftsordnung Trumpf werden, deren Führer einst als die „allein Verantwortlichen“ räumten!

Spionenverhaftungen in Prag.

Dienstag wurden in die Unterstadtungsbahn in Prag zwei Männer eingeliefert, welche unter dem Verdacht stehen, Espionage betrieben zu haben. Beide geben sich für Jugoslawen aus und nennen sich Josef

Kučhal und H. Bidič. Sie wurden längere Zeit beobachtet, da sie sich in Gasthäusern an Soldaten herannahen. In Lokalen, welche von Offizieren besucht werden, traten sie als vermögende Personen auf, welche Ansehen an einzelne Offiziere suchten. Die Hausdurchsuchung in ihrer Privatwohnung hatte jedoch kein besonderes Ergebnis.

Siehung der Klassenlotterie

100.000 K:	11.925
40.000 K:	61.615
20.000 K:	59.507
10.000 K:	14.876, 27.910, 36.086
5000 K:	12.925, 12.153, 28.681, 33.244, 38.137, 71.198, 80.180, 82.722, 86.441, 94.927, 99.914, 100.873, 102.262
2000 K:	298, 5651, 5670, 13.847, 15.957, 17.122, 20.167, 29.845, 33.041, 33.654, 33.986, 35.291, 37.115, 37.308, 39.532, 47.405, 47.681, 50.210, 54.081, 54.635, 54.747, 56.438, 57.532, 58.177, 59.289, 60.949, 63.111, 66.278, 66.416, 67.121, 68.202, 69.176, 74.634, 74.650, 75.981, 78.699, 80.152, 83.098, 84.306, 84.917, 86.709, 86.871, 86.976, 93.781, 97.231, 98.590, 100.519, 101.001, 101.396, 102.166, 109.915, 104.170, 24.235

Der IV. Deutsche Wohnungsfürsorgetag und die Vollversammlung der Deutschen Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in der Tschechoslowakischen Republik mit Vorträgen einiger Fachmänner über Bauverfahren, Erwerbslosenbildung und die Wohnbautätigkeit in Deutschland finden Samstag, den 7. und Sonntag, den 8. Mai l. J. in Ruffig a. E. Stadtbücherei, statt.

Was alles zur militärischen Dienstleistung gehört, berichtet der „Volkswille“ in folgender Notiz. Bis jetzt war man immer der Meinung, daß die Soldaten zum Zwecke der Verteidigung des Vaterlandes ausgebildet würden. Was alles dazu gehört, kann man sich ja so einigermaßen vorstellen. Erfahrend oder ist es, wenn man die Erfahrung machen muß, daß die Soldaten auch im Aufheben von Tennisbällen ausgebildet werden. Unwillkürlich fragt man sich: Ja, was hat denn ein Soldat im Kriege mit dem Aufheben von Tennisbällen anzufangen? Es ist doch nicht anzunehmen, daß die Soldaten nur so ganz primitiv von irgend jemandem zum Aufheben der Tennisbälle kommandiert werden, wenn es zwei Offiziersgattinnen gefällig ist, am Sonntag, den 1. Mai Tennis zu spielen? Tatsache aber ist, daß dies in Eger wirklich geschah. Im Garten der alten Kaserne in der Jankelstraße spielten zwei Offiziersgattinnen Tennis und ein Soldat mit Patronenjacke und Bajonett hob die Tennisbälle auf und reichte sie den beiden Damen immer wieder zurück. War er zu diesem Minneamt kommandiert? Gehört das Aufheben der Tennisbälle für Offiziersgattinnen auch „zur Verteidigung des Vaterlandes“?

40 Bären in den karpatorussischen Wäldern. Wie aus Kreisen des Forstpersonals verlautet, wurden in Karpatorussland etwa 40 Bären festgesetzt. Die Zahl der Wölfe, der Wildschweine und Luchse, die sich in den dichten Wäldern ständig aufhalten, läßt sich nicht abschätzen. Der Wildschaden, der durch das Raubzeug, besonders im Gebiete an der polnischen Grenze angerichtet wird, ist beträchtlich.

Verunglückter Bergarbeiter. Durch herabstürzende Kohle schwer verletzt wurde, wie uns gemeldet wird, der 37jährige Bergmann Karl Höfner aus Daxran bei Brüx während der Arbeit auf dem Waghingenschaute in Ostschien. Mit schweren Kopf- und Brustwunden wurde der Verunglückte dem Brüxer Krankenhaus übergeben.

Schweres Motorradunglück bei Laun. Aus Volksberg wird uns gemeldet: Auf der Staatsstraße bei Laun ereignete sich am Samstag ein schweres Motorradunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der tschechische Reinfahrer Kopriva aus Laun, fuhr zusammen mit einem Bekannten auf seiner

„Omega“-Machinerie von Nova Ves gegen Laun in einem Tempo von etwa 75 Stundenkilometern, obwohl das Rad ohne Zuzusitz war und der Bekannte als Sitzgelegenheit nur das Schuttblatt des Hinterrades benutzen konnte. In einer scharfen Kurve verlor Kopriva die Gewalt über das Motorrad und fuhr in rasendem Tempo gegen eine Telegraphenstange. Während der Lenker selbst über den Strohhalmgraben hinweg in ein Feld geschleudert wurde, prallte sein unglücklicher Mitfahrer mit dem Kopfe direkt an den Telegraphenmast auf, wobei er buchstäblich kalibriert wurde, eine schwere Gehirnerschütterung, Arm- und Beinbrüche und schwere innere Verletzungen erlitt. Er starb kurze Zeit nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Gegen Kopriva, der angibt, durch einen Fehler in der Maschine nicht mehr in der Lage gewesen zu sein, die Geschwindigkeit der Kurve herabzusetzen, wurde die Anzeige erfaßt.

Ende des Wiener Expressblattes. Dieser Tage ist das schmutzige Blatt des Zandor Weiß, die „Freiheit“, verkracht. Und gegen den Ehrenmann laufen mehrere Strafanzeigen wegen Betruges und wegen betrügerischer Krida, die von seinen Gläubigern und einer Anzahl früherer Angestellter ausgeben. Die Schadenssumme, die durch den seit langem voraussehbaren Bankrott der „Freiheit“ aufgelaufen ist, beträgt rund 350.000 Schilling, davon entfallen allein auf die großdeutsche Buchdruckerei, die das Schandblatt hergestellt hat, 200.000 Schilling, auf einen bekannten Papierhändler 50.000 Schilling. Weiß, der das Ende seiner Zeitungsgründung vorausah, hat in der letzten Zeit noch rasch mehrere strafbare Handlungen begangen, für die sich jetzt die Wirtschaftspolizei und die Staatsanwaltschaft interessieren. Er „schenkte“ alles Inventar seinem Schwager Nathan Kusnier, einem Inzeratengagenten, der als sein Strohhalm Montag ein neues Expressblatt herausgeben sollte; seinen Privatkraftwagen, ein Steyr-Auto, schenkte er seiner Freundin, um ihr vor dem Zugriff der Gläubiger zu sichern. Diese Transaktionen sind nun aufgehoben worden. Dem Weiß, der seit Sonntag täglichen Verhören bei der Wirtschaftspolizei unterzogen wird, wurde der Reisepaß abgenommen. Die Wirtschaftspolizei hat ferner die Beschlagnahme sämtlicher Bücher und Belege der „Freiheit“ verfügt.

Verammlungstätigkeit im Jüttauer Gebiet. Unter großer Beteiligung der Einwohnerschaft fanden in der Vorwoche in Hermersdorf, Bohnon und Vielau Versammlungen statt, in denen Genosse Rother aus Brünn über die „Wirtschaftskrise und Nationalsozialismus“ referierte. In allen Versammlungen war die Stimmung die allerbeste, die Beteiligung aus den ländlichen Schichten sehr groß.

Großes Verbrechen für M. Capone. M. Capone, dessen Verurteilung gegen die Verurteilung zu elf Jahren Gefängnis wegen Nichtzahlung der Steuer vom Obersten Gerichte verworfen wurde, wurde aus dem Gefängnis in Chicago zum Bahnhof in der Dearbornstreet geschafft, um mittels Expresszuges nach Atlanta in Georgia gebracht zu werden, wo sich die zu mehr als zehn Jahren verurteilten Häftlinge befinden. Der Transport auf den Bahnhof erfolgte eine Stunde vor Abfahrt des Zuges, wobei M. Capone besonders sorgfältig bewacht wurde. Er war mittels Handfesseln mit anderen Häftlingen zusammengekettert. Den Transport begleiteten fünf Polizeiautos, die mit bis an die Zähne bewaffneten Polizisten besetzt waren.

D-Zug und Lastauto. Bei Hirschfeld an der Strecke Eisenach-Wehra durchbrach gestern nacht ein Milchkraftwagen mit Anhänger bei diesem Rebe die geschlossene Eisenbahnschranke. Der D-Zug Dresden-Frankfurt a. M. erfaßte ihn, tötete den Fahrer

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag.
Prag: 11.00 Schallplatten. 13.30 Schallplatten. 18.00 Schallplatten. 18.35 Deutsche Sendung: Erka Rom und Klaus Mann: Zwiesgespräche. 19.30 Schallplatte. 21.00 Chorleiter. — Brünn: 13.30 Schallplatten. 18.00 Orchesterkonzert. 18.35 Deutsche Sendung: Steiner: Die Verwendung des Schallfilms in Schule und Volkshochschule. — Berlin: 13.30 Aus Arbeit und Leben. — Breslau: 20.00 „Der Barbier von Bagdad“, Oper von Carl Zeller. — Königsberg: 20.00 Opernabend. — Königsberg: 20.00 Aus klassischen Operetten. — Leipzig: 19.35 Klavierkonzerte. — Rühlau: 21.30 Konzert für Cembalo. — München: 17.00 Orchesterkonzert. — Wien: 21.10 Die Sinfonien Bruckners.

Weyer und den Mitfahrer Weyer, beide aus Eisenach, und zerrümmerte den Kraftwagen.

Selbstmord eines Devisenschiebers. Der 38 Jahre alte Bankier Karl Blum aus Charlottenburg stürzte sich gestern vormittags aus dem vierten Stockwerk des Gebäudes der Zollfahndungsstelle auf den Hof hinab. Er war sofort tot. Der Bankier war auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle unter dem dringenden Verdacht festgenommen worden, umfangreiche Devisenschiebungen, die in die Millionen Reichsmark gehen, begangen zu haben. Es handelt sich um Effektenverkäufe für ausländische Rechnung. Der Bankier war vormittags auf der Zollfahndungsstelle vernommen worden und sollte anschließend durch zwei Polizeibeamte dem Richter vorgeführt werden. Nach dem Verhör mochte er sich unter dem Vorwand, zur Toilette gehen zu wollen, von den ihn bewachenden Bedienten freilassen und in dem unbesetzten Augenblick benutzte er, sich zum Fenster hinauszustürzen.

Ein deutscher Fliegeng. Das sich auf einem Zwischenflug von Deutschland über Italien, Tunis, Tripolis und Ägypten nach Syrien befand, mußte Mittwoch bei Adana (Türkei) notlanden. Der Fliegeng wurde zerrümmert, die beiden Insassen, die als Hadrani Hans und eine Schriftstellerin namens Margu angeben wurden, wurden verletzt in das Hospital von Mesina gebracht.

Nach einer Stunde Zwangsarbeit begnadigt.

Der Ausklang des Sensationsprozesses auf Honolulu.

Honolulu, 4. Mai. (Reuters.) Leutnant Waffel und die übrigen drei Mitangeklagten wurden wegen der Erschießung eines Regiers, der Waffel Frau vergewaltigt haben soll, zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nachdem die Verurteilten eine Stunde der erwähnten Strafe verurteilt hatten, milderte ihnen der Gouverneur die Strafe.

Transocean-Postdienst per Zeppelin

New York, 4. Mai. Das Handelskomitee des Unterhauses nahm, wie „New York Times“ aus Washington meldet, eine Gesetzesvorlage an, durch die der Generalpostmeister ermächtigt wird, mit Luftschiffbauern Verträge für einen Transocean-Postdienst abzuschließen. Die Vorlage rechnet mit einer etwa dreijährigen Bauzeit. Die Annahme der Vorlage in der jetzigen Kongress-Session wird, wie das Blatt unterrichtet, von Lockheed, dem Präsidenten der Goodyear-Zeppelin Co. als Ermächtigung angesehen, mit dem Bau eines über vier Millionen Dollar kostenden Luftschiffes zu beginnen. Die Gesamtkosten der vorgesehenen vier Luftschiffe für die Endstationen Amerika-Deutschland werden 20 Millionen Dollar überschreiten.

Schreden am Dniester.

Gemäß der amtlichen rumänischen Statistik haben 1933 sowjetrussische Flüchtlinge die rumänische Grenze am Dniester während der drei ersten Monate dieses Jahres überschritten. Von dieser Zahl sind 315 Männer, 231 Frauen und 506 Kinder: 283 Knaben und 223 Mädchen. Dieses Tausend Flüchtlinge aus dem Reich des Stalinischen „Kommunismus“ bilden nur einen kleinen Bruchteil der Gesamtzahl der unglücklichen Menschenweiden, die an beiden Ufern des Dniesterflusses von der bolschewistischen Grenzwoche erschossen wurden. Die himmelsstreichenden Einzelheiten der barbarischen Erschießungen der Flüchtlinge seien hier angeführt. In der Nacht am 6. Februar wurden 5 Männer und eine Frau auf dem Ufer vom bolschewistischen Militär erschossen. Die Frau, die Kalyna Dautian hieß, wurde getötet, den Männern gelang es, das rumänische Ufer zu erreichen. Die Leiche der erschossenen Frau lag einige Tage auf dem Eis und wurde zur Beute der Raubvögel.

Am 23. Februar hat die bolschewistische Grenzwoche eine 115 Menschen zählende Gruppe sowjetrussischer Staatsbürger, die die rumänische Grenze im Walde Dlaneschts zu überschreiten suchten, eingekreist und die Mehrzahl von ihnen erschossen. Nur 41 Menschen haben sich nach Besarabien gerettet. Fast alle Geflüchteten sind von der bolschewistischen Grenzwoche verurteilt worden.

In der Nacht vom 21. auf den 22. März wurden alle Bewohner des ukrainischen Grenzortes Stutari von den bolschewistischen Soldaten erschossen wegen des Verdachtes, daß sie die

rumänische Grenze zu überschreiten beabsichtigten. Schreckerei und verzweifelter Geschrei der Sterbenden hörte man am rumänischen Ufer drei Stunden hindurch.

Am 18. April gelangten 45 Flüchtlinge aus der Ukraine in Rumänien an das rumänische Ufer. Alle Flüchtlinge sind sich dessen bewußt, welche großen Gefahren sie sich bei der Grenzüberschreitung ausliefern. Aber sie sind überzeugt, es sei besser, einmal das Leben zu riskieren als unter der bolschewistischen Herrschaft weiter zu leben.

Welche Ursachen nötigen die Bevölkerung der Sowjet-Ukraine ihr von der Natur gesegnetes, ehemals reiches Land zu verlassen? Lassen wir die Flüchtlinge selbst sprechen.

So sagt der 13jährige Knabe Wladimir Orghin, der aus dem Dorfe Kefawertassilwa gestammt ist: „Ich möchte flüchten, weil die Bolschewiki meine Mutter wegen der ungenügenden Getreidelieferung nach den Solowech-Anfeln deportiert haben. Ich verließ mich vor dem Hungertod.“

Iwan Wroischynskents aus Seljmita im Donetsbecken (Kohlenrevier), 23 Jahre alt, erklärt: „Ich bin geflüchtet, weil die bolschewistischen Behörden meinem Vater Rohrungsmittel beschlagnahmt haben. Und drohte eine Deportation nach den Solowech-Anfeln.“

Georg Pawlytschents, 33 Jahre alt: „Man hat mir alles genommen. Die Bolschewiki haben mich vom Hause mit meiner Frau und vier Kindern getrieben. Im mußte mein Leben auf irgendeine Weise zu retten suchen.“

Wasal Waschewskij aus Tschonimka, Kreis Kampli, 18 Jahre alt: „Das Leben unter der bolschewistischen Herrschaft ist schrecklich. Ich

hätte nichts zu essen, keine Kleider. Ich bin Arbeiter, aber in Sowjetunternehmungen zählt man sehr wenig, man kann für das Lohngeld nichts kaufen. Wer nur ein Wort dagegen spricht, geht sofort ins Gefängnis oder wird nach Sibirien deportiert.“

Theodor Horoduch aus Tschernobyl bei Kirow sagt: „Ich möchte in der bolschewistischen Armee nicht bleiben, weil die Bolschewiki meine Familie vernichtet haben.“

Iwan Ordyal aus Kopylowa bei Moskau, 14 Jahre alt: „Am 18. Februar kam eine Durchsuchungsbesetzung zu uns ins Haus und fand ein bißchen Getreide, das meine Mutter verkauft hatte, damit wir nicht Hunger leiden. Die Mutter war verhaftet und sagte mir: Mein Sohn, rette dich über Dniester und lebe wohl.“

Ein Arbeiter Zepalom Bried aus Odessa, 69 Jahre alt, seinem Beruf nach ein Bäcker, erzählt: „Meinem Freunde haben die Bolschewiki alles, was er hatte, beschlagnahmt. Ich protestierte dagegen. Infolgedessen wurde ich verhaftet und blieb im Gefängnis volle zwei Jahre. Endlich hat man mich entlassen, aber ich vermutete, daß man gegen mich etwas noch Schlimmeres vorberathete. Ich entschloß mich zu fliehen.“

Verwundlich verbannten die bolschewistischen Behörden die ukrainischen Bewohner nach Rumänien mit ihren Familien. Es ist bekannt, daß die unglücklichen Kinder in den Urwäldern Rumänien zugrunde gehen. Viele zur Deportation bestimmten Familienväter verließen ihre Kinder in der Ukraine und flüchteten nach Rumänien, weil sie hoffen, daß die Bolschewiki die Kinder allein nicht verbannt werden.

Banas Feduta.

